

Haushaltsrede 2026 der UWG-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

gut 6 Mio. Euro geplantes Defizit hatten wir noch nie in einem Haushalt und können wir uns zwar für das kommende Jahr leisten, keinesfalls aber darüber hinaus. Ich denke, diese ungeschminkte Wahrheit sofort am Anfang macht die Dramatik im kommunalen Finanzwesen deutlich. Man könnte zur eigenen Beruhigung argumentieren: wenn wir unsere Finanzsituation in Schmallenberg mit einer schweren Erkältung vergleichen, so befinden sich andere Kommunen bereits auf der Intensivstation.

Der Begriff Sondervermögen wird von fast niemandem mehr missverstanden. Der Bund nimmt 1 Billionen auf, um zum einen unsere Versäumnisse in der Infrastruktur zu beheben und zum anderen unsere Verteidigungsfähigkeit wiederherzustellen. Nach wie vor tue ich mich schwer damit, die Notwendigkeit vor allem letzter Position anzuerkennen, zumal es weniger sein könnte, wenn einige Politiker statt an der Spitze von Staaten zu stehen in die Psychiatrie verwiesen werden könnten. Zu viele Irre auf der Welt sorgen dafür, dass Aufrüsten leider notwendig ist. Mitnahmeeffekt für uns bei diesen immensen Krediten sind ca. 16,5 Mio. Euro, die wir an Infrastrukturmitteln bekommen werden. Aber noch mal: das sind alles Schulden, die die Steuerzahler also wir irgendwann zurückzahlen müssen.

Wir von der UWG mahnen weiterhin zur Haushaltsdisziplin. Natürlich kann man die Haltung von Bund und Land kritisieren, wonach diese Kosten sozusagen aufrufen, aber von anderen wie den Kommunen bezahlen lassen. Viele Städte und Gemeinden haben im Gegensatz zu Schmallenberg allerdings auch Dinge gemacht, die schon beim Beschluss eine Masse Unvernunft beinhalteten.

In den Beratungen zum Haushalt waren zwei Kurven am steilsten: a) die für die Kreisumlage und b) die für die Personalkosten. Sarkastisch gefragt: sind die Leistungen der jeweiligen Kostenstellen um so vieles besser geworden oder fügen wir uns selbst mit einer gewissen Selbstverständlichkeit in die immer komplizierter werdende Bürokratie? Die steilen Kurven zeigen eins: so darf es nicht weiter gehen. Aus diesem Grund schließen wir uns auch den Überlegungen der Verwaltungsspitze für ein Haushaltsstrukturgesetz an. Wir wollen auch nach 2029 selbst den Haushalt im Rat beschließen und wollen keine Leute am Tisch haben, die uns die Regeln diktieren. Jetzt ist Zeit genug, alles, aber auch wirklich alles auf den Prüfstand zu stellen.

Ich möchte drei Themenfelder der kommenden Jahre kurz streifen:

1) Zahlreiche Feuerwehrgerätehäuser stehen zum Bau oder zu einer teuren Instandhaltung an. Die Möglichkeit, auf dem ehemaligen Gelände des Schwimmbads in Bödefeld eine Art Musterfeuerwehrhaus zu erstellen, begrüßen wir. In Oberkirchen finden wir z.Z. keinen Standort. Die UWG plädiert in allen anderen Fällen dafür, am jeweiligen Standort geeignete Lösungen zu finden. Es fällt mir als Ratsvertreter, der 1994 erstmalig in den Rat gekommen ist, schwer, das Feuerwehrhaus in Bad Fredeburg, dessen Bau ich damals mitbeschlossen habe, als nicht mehr geeignet anzusehen. Wenn natürlich Standards hoch und höher getrieben werden und geradezu alles perfekt sein soll, ist es ganz einfach nicht mehr zu bezahlen. Speziell in Bad Fredeburg geht unsere Erwartung dahin, dass eine Lösung am vorhandenen Standort gefunden wird.

2) Das Gesundheitswesen sorgt uns schon länger. Auf der einen Seite haben wir mit Kloster Grafschaft ein Spitzenkrankenhaus, das bei vielen Gesundheitsproblemen helfen kann. Auf der anderen Seite ist eine Geburtsstation unter einer Stunde kaum zu erreichen. Hausärzte werden immer älter, und wer heute keinen hat, der findet auch so schnell keinen mehr. Fachärzte, soweit vorhanden, vergeben Termine mit Wartezeiten von einem viertel bis zu einem

halben Jahr. Ein Kinderarzt ist möglicherweise im Kommen, aber dann geht es darum, ihm einen passenden Standort anzubieten. Ich weiß, die Verwaltung arbeitet tagtäglich an diesen Problemen, weil wir uns von der kassenärztlichen Vereinigung ehrlich gesagt auch keine große Hilfe versprechen. Auch hier taucht meines Erachtens ein gesellschaftliches Problem auf: statt sich als Arzt hier auf dem Lande mit einem festen Pool an Patienten aber möglicherweise etwas unregelmäßigen Arbeitszeiten niederzulassen, lockt der Platz im Klinikum einer Großstadt mit festen, nahezu unverrückbaren Arbeitszeiten.

3) Leider ist unsere Kulturlandschaft durch die Auflösung des Besteckmuseumsvereins in Fleckenberg geschrumpft. Ich hoffe immer noch auf eine zeitnahe, brauchbare Lösung. Genauso müssen wir für das Gerichtsmuseum in Bad Fredeburg eine pragmatische, den Betrieb weiterhin garantierende Lösung finden. Das sind wichtige Bausteine sowohl für uns Bürger als auch für den Tourismus.

Der Tourismus befindet sich wieder auf solidem Niveau. Wenn man mit den Hoteliers und Inhabern von Ferienwohnungen spricht, sind diese in der Regel zufrieden. Dagegen muss es einen sorgen, dass immer mehr normale Dorfgaststätten schließen.

Zum Schluss:

Da die finanzielle Situation angespannt ist, werden wir keine Anträge stellen, die Geld kosten. Einen Antrag bzgl. Straßenbau liegt vor. Wirtschaftslage und Unsicherheit bzgl. der weiteren Entwicklungen in Bund und Ländern machen auch unsere Aufgabenerledigung nicht leichter. Dieser Tage haben die Oberbürgermeister der Landeshauptstädte dem Kanzler einen Brief geschrieben, dass es so nicht weiter gehe: man brauche endlich jemanden am Kabinetttisch, der die Auswirkungen von Bundesgesetzen auf die Kommunen zumindest benenne. Die Ministerpräsidenten wurden in diesem Zusammenhang alles andere als positiv dargestellt. Diese versuchten bei jeder Gelegenheit, kommunale Mittel erst durch ihre Haushalte laufen zu lassen und sozusagen Anteile abzuschöpfen. Wir sehen: es bleibt spannend!

Ihnen, Herr Bürgermeister und den Verwaltungsmitarbeiter vielen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten bzw. im vergangenen Jahr.